



Kinderfreundliche Orte schaffen

Kinderfreundliche Orte müssen fester Bestandteil jeder Flüchtlingsunterkunft werden. Sie bieten Kindern eine geschützte Rückzugsmöglichkeit. Dort erfahren sie Stabilität und Halt in einem anregenden und fördernden Umfeld. Kinderfreundliche Orte und Angebote stärken das psychosoziale Wohlbefinden, helfen, das Erlebte besser zu verarbeiten und fördern die innere Widerstandsfähigkeit.

Diese kinderfreundlichen Orte sind wichtige Brückenangebote und Übergangslösungen, solange Regelangebote wie Kitas und Schulen noch nicht in Anspruch genommen werden können. So zum Beispiel in der Flüchtlingsunterkunft Emil-Weitz-Straße in Wattenscheid. Als PLANB die Unterkunft im Dezember 2017 übernahm, begannen wir sofort, dort einen

kinderfreundlichen Ort einzurichten. Heute gibt es regelmäßig ein Kita-Angebot, bis zu 18 Kinder treffen sich zum Gruppenspiel. Mit Unterstützung ehrenamtlicher Helfer können wir außerdem eine wöchentliche Bastelgruppe und tägliche Hausaufgabenbetreuung anbieten. Inzwischen organisieren wir auch jeden Monat einen Ausflug. So bekam die kleine Kindergemeinschaft die Gelegenheit, den Tetraeder in Bottrop und den Freizeitpark Ketteler Hof in Haltern-Lavesum zu erkunden.

Die Arbeit an einem kinderfreundlichen Ort bietet auch wichtige Einstiegsmöglichkeiten zur Kooperation mit Eltern, zum Informationsaustausch und zur Integrationsförderung. Die Kinderbetreuung entlastet die Familien und fördert den nachbarschaftlichen Umgang.

Liebe Leser*innen,

erfreuliche Nachrichten erreichten uns kurz vor Drucklegung aus Berlin: Die MBE-Förderung soll im Bundeshaushalt 2019 deutlich erhöht werden, ebenso die Mittel für die Integrationskurse. Damit sendet die Große Koalition ein wichtiges politisches Signal, nicht zuletzt auch eine Anerkennung für die Trägerverbände, die Arbeit der vielen Tausend haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen.

Die Integrationsarbeit ist längst nicht getan, sondern wir stecken mittendrin. Das hat man in der Politik offenbar verstanden – und auch, wie wichtig diese Investition für unser Land ist. Deutschland ist eine Industrie- und Exportnation. Aber dieser Erfolg steht und fällt mit unserer wichtigsten Ressource: den Menschen, die hier leben und arbeiten. Wer jetzt in die Integration investiert, schafft die Voraussetzung dafür, dass wir alle von der Vielfalt der Zuwanderer profitieren.

Eine Erkenntnis, die offenbar auch bei den Bürgern angekommen ist: nach einer aktuellen Statistik ist eine große Mehrheit der Deutschen der Ansicht, dass die aufgenommenen Flüchtlinge Deutschland kulturell langfristig bereichern werden. Die meisten Befragten sind im Grundsatz weiterhin dafür, Flüchtlinge aufzunehmen.

Wir wünschen eine spannende Lektüre und viel Vergnügen beim Lesen!

Ihr Redaktionsteam

BUNDESHAUSHALT 2019

MBE-Förderung steigt auf 70,7 Mio.

Kurz vor Redaktionsschluss beendete der Haushaltsausschuss des Bundestags seine letzte Bereinigungssitzung zum Haushalt 2019 – mit erfreulichen Resultaten für die Migrations- und Integrationsarbeit. Der Haushalt wird vom Bundestag in zweiter und dritter Lesung in der Woche vom 19. bis 23. November verabschiedet, während dieser Newsletter gedruckt wird. Geschieht das wie erwartet ohne Änderungen, dann steigt die Förderung für die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) im Haushaltsjahr 2019 um 35 Prozent von

52,2 Mio. auf 70,7 Mio Euro. Damit hat sich das Budget innerhalb von fünf Jahren von 26 Mio. Euro im Jahr 2014 fast verdreifacht. Die Integrationskurse werden 2019 mit 720 Mio. Euro gefördert – als Reaktion auf die gestiegene Nachfrage nach Spezialkursen, vor allem Alphabetisierungs- und Zweitschriftenlernkursen. Ursprünglich waren im Haushaltsentwurf des Innenministeriums 667 Mio. vorgesehen. Die Mittel für die Jugendmigrationsdienste (JMD) bleiben stabil bei 52,4 Mio Euro, hier konnte eine Reduzierung abgewendet werden.

03 AKTUELL
Tür an Tür mit dem Fremden: Herne traf Roma

06 AKTUELL
Migrationsberater besuchen Abgeordnete

08 FAKTEN
Asylverfahren und Ausbildungsbeihilfe

In Mülheim gut angekommen

Unter einem Dach mit den ambulanten flexiblen Erziehungshilfen gibt es seit April 2018 auch in Mülheim an der Ruhr eine Flüchtlingsberatung von PLANB. In einem gemeinsamen Pressetermin stellten sie ihre Arbeit vor. Die WAZ und die Mülheimer Woche mit ihrem Onlineportal Lokalkompass berichteten.

Zielgruppe der Arbeit in Mülheim sind einerseits rund 4000 in der Stadt registrierte Flüchtlinge, die meisten von Ihnen aus dem Irak, Syrien und Ghana. Daneben organisiert der Träger der Kinder- und Jugendhilfe aus den neuen Büros im Nachbarsweg auch sein Angebot der ambulanten Erziehungshilfe für Mülheim. Insgesamt werden aktuell 16 Flüchtlinge und zwölf Familien von hier aus begleitet und unterstützt.

Der Pressetermin war ein Erfolg: Seitdem meldeten sich viele Anrufer, die durch die Artikel auf das Angebot von PLANB aufmerksam wurden. Mitarbeiterinnen anderer Beratungsstellen übermittelten ihre Glückwünsche. Es gab Anfragen nach Beratungsterminen und eine Türkisch und Arabisch sprechende Anruferin fragte bezüglich eines Minijobs als Dolmetscherin an.

Der Bericht im „Lokalkompass“:
http://shortURL.de/lokalkompass_planb_mh



Interkultureller Verein berät in 30 Sprachen
 Mit kleinem Team ist Plan B nun auch in Mülheim vertreten. Der Bochumer Verein berät Geflüchtete und unterstützt Familien ambulant bei Erziehungsfragen und in Konfliktsituationen

„Wir sind multiprofessionell aufgestellt.“
 Esra Tekkan-Arslan von den ambulanten Erziehungshilfen bei Plan B

Ein Plan B, das ist eine Strategie für den Fall, dass Plan A nicht aufzugehen sollte. Zum Beispiel, wenn man seine Heimat verlassen und sich in einem anderen Land ein neues Leben aufbauen muss. Oder wenn es in der eigenen Familie zu Konflikten kommen, die man alleine nicht überwinden kann, erklärt Gülseren Çelebi von Plan B, einem interkulturellen Verein, der sich in Mülheim auf die Flüchtlingsberatung und ambulante Erziehungshilfen spezialisiert hat.

Im Bild (v. l.): Geschäftsführerin Gülseren Çelebi, Irina Krnjaic von der ambulanten Erziehungshilfe, Mira Ahmad von der Flüchtlingsberatung und Esra Tekkan-Arslan, Fachbereichsleitung interkulturelle Erziehungshilfen.

Im Kulturgebiet mit verschiedenen Projekten aktiv

Plan B hat Geschäftsstellen in Bochum, Essen, Dortmund, Hagen, Herne und seit Kurzem auch in Mülheim. Der Verein engagiert sich in der Kinder- und Jugendhilfe.

Viele Angebote sind staatlich übergeben. Es gibt z. B. Deutschkurse, Sprachkurse, Integrationskurse und Sprachkurse. Infos unter: www.planb-mh.de/beratung/akademie-fuer-interkulturelle-bildung

Zuletzt wurden etwa 300 Familien vom Verein betreut, zwölf davon in Mülheim. Die kulturellen Hintergründe seien unterschiedlich, zum Beispiel aus dem Irak, Syrien und Ghana. Die kulturellen Hintergründe seien unterschiedlich, zum Beispiel aus dem Irak, Syrien und Ghana.

„Wir sind multiprofessionell aufgestellt“, sagt Fachbereichsleiterin Esra Tekkan-Arslan. An den sechs Standorten der Organisation, unter anderem in Bochum und Herne, arbeiten Erzieher, Therapeuten, Sozialpädagogen und andere Profisessionen unter dem Dach des Partnerschaftlichen NVO zusammen. Die Mitarbeiter beherrschen außer dem 30 Sprachen, für die ambulante Erziehungshilfe bei den von Vortell, so Irina Krnjaic. „Das schafft eine gute Basis für eine wachsende und kulturell diverse Zusammenarbeit.“

Bei der Eröffnung der PLANB-Zweigstelle in Mülheim (v. l.): Gülseren Çelebi (Geschäftsführerin PLANB), Irina Krnjaic (Leitung des Zentrums für interkulturelle ambulante Erziehungshilfen), Irina Ahmad (Regionale Flüchtlingsberatung) und Esra Tekkan-Arslan (PLANB-Fachbereichsleitung interkulturelle ambulante Erziehungshilfen)

Arche Noah: ein Fest der interkulturellen Vielfalt



Zum Auftakt der interkulturellen Woche feierten die Essener traditionell ihr Arche-Noah-Fest auf dem Kennedyplatz in der Innenstadt. PLANB und ViR waren auch in diesem Jahr dabei. Zahlreiche Stände interkultureller Initiativen und Vereine, verschiedener Religionsgemeinschaften sowie ein reichhaltiges Bühnenprogramm mit Musik, Tanz, Theater und Projektvorstellungen verwandelten die Zeltstadt



mitten in der Essener City in einen Ort der Begegnung und Freude. Mit einer Aktion über Kinderrechte, Infomaterialien über unsere Angebote und nicht zuletzt mit Kaffee und Waffeln konnten wir an unserem Stand zahlreiche Besucher*innen ansprechen. Das Foto-Integrationsprojekt „Blickwinkel“ bekam die Gelegenheit, sich auf der Bühne vorzustellen. Die „Arche Noah Essen“ ist ein Ge-

meinschaftsprojekt des Initiativkreises Religionen in Essen (IRE) und der Stadt Essen, vertreten durch das Kommunale Integrationszentrum (KI). Träger des Projekts ist die Fördergesellschaft Kultur und Integration gGmbH. Das Fest fand bereits zum sechsten Mal statt.



Tür an Tür mit dem Fremden: Herne traf Roma

Volles Haus bei PLANB im Herner Stadtteil Wanne-Eickel: Am 27. September lockten eine Talkrunde und eine Fotoausstellung, traditionelle Roma-Musik und handgefertigte Trachten viele neugierige Herner in die Bildungs- und Begegnungsstätte Bachtalo. Hier bekamen sie einen Einblick in die vielfältige Kultur der rund 1.500 Roma in Herne.

Mehr als 3.000 Menschen aus Südosteuropa leben in Herne. Viele von ihnen sind Roma, die meisten wohnen in Wanne. Täglich werden sie mit besonders hartnäckigen Vorurteilen konfrontiert. Das PLANB-Begegnungs- und Bildungszentrum Bachtalo, gefördert vom NRW-Integrationsministerium, bietet nicht nur diesen Menschen Hilfe und Unterstützung an – mit Erfolg und reger Nachfrage –, sondern kämpft auch gegen die hartnäckigen Vorurteile, gegen die Angst vor dem Unbekannten.

Viele Herner nutzten die Gelegenheit, sich an diesem Tag aus erster Hand zu informieren über das Leben und die Kultur, die Situation und Probleme der Roma in der Stadt. Zwei Roma-Familien beschrieben in einem kurzen Talk, wie sie sich bei der Ankunft in Herne fühlten, wie sehr ihnen der Zusammenhalt der Gemeinschaft in der Heimat fehlte und wie sie mit Unterstützung von Bachtalo und

anderen Einrichtungen die ersten Schritte meisterten.

Kooperation als Schlüssel zum Erfolg

„Das ist unser Anliegen in allem, was wir tun: Da zu sein für die, die Schwierigkeiten haben anzukommen, ihren Platz zu finden“, beschrieb PLANB-Geschäftsführerin Gülseren Çelebi die Motivation des gemeinnützigen Vereins. „Bachtalo“ bedeutet so viel wie „Alles wird besser“ – eine Botschaft die Barbara Both als Vertreterin des NRW-Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration in ihrem Grußwort aufgriff: „Dank unserer gemeinsamen Arbeit ist in NRW schon vieles besser geworden in Sachen Integration – auch hier in Herne.“ Die breite Kooperation, die gerade in Herne gut funktioniert, sei ein Schlüssel zum Erfolg. Zu der Frage, wie es nach dem Auslaufen der Bachtalo-Förderung Ende 2018 weitergeht, konnte Barbara Both natürlich noch nichts Konkretes sagen, aber: „Der Bedarf ist auf jeden Fall da, das wird auch in Düsseldorf so gesehen.“ Bezirksbürgermeister Ulrich Koch würdigte die Rolle von PLANB in Herne: Neben Bachtalo betreiben wir auch zwei Kitas in Eickel und Mitte, die Wohn-

gruppe Villa Dorn, interkulturelle ambulante Erziehungshilfen, die Integrationsagentur sowie das Projekt „LiHA – Leben in Herne“. Leiterin der LiHA-Anlaufstellen für Zugewanderte aus Rumänien und Bulgarien ist Ulrike Sorge aus dem Dezernat für Soziales der Stadt Herne. Auch sie lobte in ihrem Grußwort das Engagement aller Kooperationspartner.

Fotos, Musik und Suppe

Mit Unterstützung der Bachtalo-Besucher waren die Bilder der Fotoausstellung „Portrait eines Menschen“ entstanden. Kinder und ihre Eltern geben ihrer Community ein Gesicht, strahlen Emotionen, Freude und Leben aus. Zur Livemusik von „Zariza Ghitara“ und einem bunten Buffet von Gulaschsuppe bis Nudelsalat klang der Nachmittag aus mit zahlreichen angeregten Gesprächen und Begegnungen – ein weiterer kleiner Schritt im beharrlichen, zähen Kampf gegen die alten Vorurteile.

Ansprechpartnerin:

Alexandra Chiribes
T 02325 56991-60
E a.chiribes@planb-ruhr.de

„Migranten bereichern Deutschland“

Eine große Mehrheit der Deutschen ist der Ansicht, die aufgenommenen Flüchtlinge werden Deutschland kulturell langfristig bereichern. Das belegt der aktuelle Integrationsmonitor des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration.

Dabei zeigte sich, dass Deutsche ohne Migrationshintergrund die Flüchtlinge sogar häufiger als Bereicherung empfinden, als die Befragten mit Migrationshintergrund. Das

Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft wird demnach überwiegend positiv wahrgenommen – und diese Bewertung erweist sich als erstaunlich stabil, sofern kulturelle Vielfalt im Alltag erfahren wird.

Genau dort aber, so der Bericht, wo der Integrationsalltag nicht persönlich erlebt werden könne und es wenig alltägliche Kontakte zu Migrant*innen gebe, habe sich das Integrationsklima in den Jahren 2016 und 2017 verschlechtert. So erklären die Verfas-

ser des Integrationsbarometers auch den deutlichen Unterschied zwischen Ost und West. Die meisten Befragten, sowohl mit als auch ohne eigenen Migrationshintergrund, sind im Grundsatz weiterhin dafür, Flüchtlinge aufzunehmen. Gleichzeitig meint jedoch auch die Mehrheit, dass der Zuzug begrenzt werden muss.

Der komplette Bericht mit Grafiken:

www.svr-migration.de/publikationen/IB2018/

Kritik am Asylstufenplan

Um die Kommunen zu entlasten, kündigte das NRW-Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) Umstellungen im sogenannten Aufnahmesystem zur Steuerung von asylsuchenden Flüchtlingen an. In drei Stufen soll das Verfahren effektiver gestaltet werden. Nicht nur die Freie Wohlfahrtspflege übt deutliche Kritik.

David R. ist ein begnadeter Schneider. In der Flüchtlingsunterkunft Emil-Weitz-Straße in Bochum-Wattenscheid näht und ändert er mit einfachen Hilfsmitteln in Windeseile unentgeltlich Kleidung für andere Geflüchtete und ehrenamtliche Helfer. Trotz vieler Bemühungen, sich in Deutschland zu integrieren, ist seine Bleibeperspektive eher schlecht. Zuletzt hat er gehört, dass man über den erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung seinen Aufenthalt sichern kann. Zurück kann er auf keinen Fall – Gewalt und bittere Armut drohen dem 32-jährigen Albaner in der Heimat. Nun versucht er über die Teilnahme an weiteren Sprach- und Berufsvorbereitungsangeboten und mit Hilfe eines Ehrenamtsnetzwerkes und der Sozialarbeiter*innen vor Ort eine Ausbildungsstelle zu bekommen.

Beschleunigte Verfahren

Geht es nach dem Willen der Verantwortlichen im MKFFI, sollen Menschen wie David R. in Zukunft gar nicht mehr den Kommunen zugewiesen werden, sondern in vom Land organisierten Großunterkünften bleiben, bis eine eindeutige Entscheidung über ihren Verbleib gefallen ist. Genau das besagen die beschleunigten Asylverfahren nach § 30a des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet, kurz Aufenthaltsgesetz (AufenthG). Dessen konsequente Umsetzung ist Teil 1 des Asylstufenplans. Weiter soll nach Entscheidung des BAMF gegebenenfalls von diesen Unterkünften aus direkt in das Heimatland abgeschoben werden. In weiteren Stufen sollen die maximale Aufenthaltsdauer in den Landesgroßeinrichtungen auf 24 statt bisher 6 Monate verlängert, die Liste der „sicheren“ Herkunftsländer ergänzt und Rückführungsstrukturen effektiviert und ausgebaut werden. Auch die höchste Aufenthaltsdauer für Geflüchtete aus „unsicheren“ Ländern in den Landesunterkünften soll von drei auf sechs Monate erhöht werden. Für diese Schritte muss jedoch zunächst die Gesetzesgrundlage angepasst werden.

Wohlfahrtsverbände warnen

Deutliche Kritik an diesen Plänen kam von der Freien Wohlfahrtspflege, zu der auch der Paritätische Wohlfahrtsverband gehört, Dachverband unter anderem von PLANB. „Schon jetzt erleben unsere Verfahrensberater, die Flüchtlinge bei ihren Asylanträgen in den Landesunterkünften begleiten, wie Frustration und Perspektivlosigkeit zu Konflikten und Gewalt führen. Je länger eine Unterbringung dauert, desto mehr werden das Ankommen im Gemeinwesen und der Weg in Arbeit erschwert.“ erklärt Christian Heine-Göttelmann, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in NRW.

Vergeudete Lebenszeit

Generell liegen die Erfolgsquoten bei Klagen gegen einen negativen Asylbescheid bei deutlich über einem Drittel. Das bedeutet, dass künftig in vielen Fällen wertvolle Integrationszeit in Großunterkünften



Christian Heine-Göttelmann,
Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege NRW

abgesehen wird. Gerade Kinder und Jugendliche leiden unter einem langen Aufenthalt in solchen Massenunterkünften, wie eine Studie der UNICEF unter dem Titel „Kindheit im Wartezustand“ 2017 klar herausstellen konnte. Mangelnde Privatsphäre, kaum Ruheorte und fragwürdige hygienische Zustände bilden neben fehlenden Bildungs- und Freizeitangeboten die traurige Realität dieser Kinder und Jugendlichen. Der Zustand der Ungewissheit, den viele Familien dort erleben, sei gerade für die Kinder eine Art Wartezustand und wirke sich negativ auf deren Entwicklung aus, so die Studie.

Teilhabe für alle

Zusammenfassend betont Christian Heine-Göttelmann: „Diesen Asylstufenplan brauchen wir so nicht. Wir brauchen einen Integrationsstufenplan, der Teilhabe für alle hier lebenden Menschen Wirklichkeit werden lässt.“ David R. hat nichts von den Plänen der Landesregierung gehört. Betreffen werden sie ihn so oder so nicht, da Rückführungen von den Kommunen in Landeseinrichtungen nicht geplant sind. Er kann weiter daran arbeiten, auf Dauer ein produktiver Teil der deutschen Gesellschaft zu werden. Andere werden diese Chance in Zukunft wohl nicht erhalten.



Die UNICEF-Studie „Kindheit im Wartezustand“ belegt: Vor allem Kinder und Jugendliche leiden in Massenunterkünften

„Nicht unser Minister“

„Nicht unser Heimatminister“, sagten im September rund zwei Dutzend Migrantenorganisationen in einem offenen Brief an Innenminister Horst Seehofer (CSU). Wenige Tage später fordern auch zahlreiche Künstler seinen Rücktritt.

„Wir sind besorgt, weil Rechtsextreme die Nachrichten dominieren, ‚Ausländer raus‘ rufen – und damit uns meinen!“, schreiben die Migrantenorganisationen in ihrem Brief, und weiter: „In diesen Zeiten wünschen wir uns von Ihnen als Bundesinnenminister ein deutliches Bekenntnis zur pluralen Republik.“ Dieses Bekenntnis fehle jedoch. Stattdessen habe Seehofer die Migration als „Mutter aller politischen Probleme“ bezeichnet. Der Brief schließt mit der Forderung: „Ein Heimatminister für alle sollte die Gesellschaft nicht weiter spalten, sondern klar Haltung beziehen für die Grundwerte in unserem Land. Oder abtreten und das Amt jemandem überlassen, der das tut.“

Meret Becker und Günter Wallraff

Wenige Tage später äußerten sich zahlreiche Künstler, darunter die Schauspieler Burghart Klaußner und Jochen Busse, die Schauspielerin Meret Becker, Berlinale-Direktor Dieter Kosslick sowie der Schriftsteller

Günter Wallraff ebenfalls in einem offenen Brief. Unter der Überschrift „Würde, Verantwortung, Demokratie“ kritisieren auch sie Seehofers Äußerungen und schließen mit einer Rücktrittsforderung und dem Fazit: „Seehofer beschädigt die Werte unserer Verfassung. Sein Verhalten ist provozierend, rückwärtsgewandt und würdelos gegenüber den Menschen. So verstellt er den Weg in eine zukunftsfähige deutsche Gesellschaft. Er einigt das Land nicht, er spaltet es.“

Rücktritt rückt näher

Zum Redaktionsschluss verdichteten sich bereits die Hinweise, dass Seehofer nicht mehr bis zum Ende der Legislaturperiode im Amt bleiben dürfte.

Die Briefe im vollen Wortlaut:

<https://neuedeutsche.org/de/artikel/nicht-unser-heimatminister/>
<http://www.seehofermussgehen.de/>



© Henning Schacht

Horst Seehofer,
Bundesinnenminister

PLANB übernimmt weitere Flüchtlingsunterkunft



© PLANB

In Bochum hat PLANB nun neben den Flüchtlingsunterkünften an der Voedestraße und der Emil-Weitz-Straße auch den Zuschlag für die Unterkunft am Nordbad erhalten. Sie ist aktuell die größte in der Stadt und bietet Platz für 350 Bewohner*innen.

Am 1. Oktober übernahm PLANB die Verwaltung und richtet nun bedarfsorientiert auch dort Angebote für die Bewohner*innen ein. Die Expertise der PLANB-Mitarbeiter*innen und die Erfahrung aus den Unterkünften Humboldtstraße, Emil-Weitz-Straße und Wattenscheid fließen in die Arbeit am Nordbad ein. In der Emil-Weitz-Straße ist PLANB bereits seit Ende 2017 verantwortlich für 180 Menschen, die meisten aus Rumänien, Bangladesch und Serbien. Sie leben hier in einer Anlage aus rund 65 Containern, die

Platz für maximal etwa 270 Bewohner*innen bieten. Intensive Kooperationen mit dem Netzwerk Flüchtlingshilfe, den Falken, der Medizinischen Flüchtlingshilfe, dem Jugendamt, dem sozialpsychiatrischen Dienst und verschiedenen Schulen helfen uns dabei, die Bewohner*innen so weit zu integrieren, dass sie ihr Leben in Deutschland eigenständig bewältigen können. Neben der Containeranlage betreuen wir in Wattenscheid weitere 100 Flüchtlinge in vier Wohnhäusern. Basierend auf den bisherigen Erfahrungen entwickelt das Team von PLANB nun auch für die Bewohner*innen am Nordbad zahlreiche integrative Angebote für Groß und Klein.

Mehr darüber in unserer nächsten Ausgabe.

Migrationsberater besuchen Abgeordnete

Im September besuchten Essener Migrationsberater*innen „ihre“ Bundestagsabgeordneten. Ihr Thema: die Erfolge, Perspektiven und Forderungen der Migrationsberatung für Erwachsene (MBE). Anlass war der Aktionstag MBE am 20. September, der, begleitet von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, alljährlich bundesweit stattfindet.

Seit 13 Jahren bilden die Trägerverbände und Berater*innen der MBE und des Jugendmigrationsdienstes (JMD) in Essen ein Netzwerk, das in regelmäßigen Abständen tagt. Im Vordergrund stehen Themen, die die zugewanderten Menschen in der Stadt beschäftigen, zum Beispiel Sprachförderung, Anschluss an Arbeit oder Ausbildung, Aufenthaltsfragen oder Sozialleistungen. Durch regelmäßige Maßnahmen und Aktionen bleibt das Netzwerk im öffentlichen Bewusstsein. Eine davon ist der jährliche bundesweite Aktionstag MBE: Die Mitglieder des Netzwerks besuchen die Bundestagsabgeordneten in ihren Wahlkreisen und beraten mit ihnen über die Perspektiven der MBE – rechtzeitig zur heißen Phase der Haushaltsberatungen im Bundestag.

Unterstützung signalisiert

Auch in diesem Jahr starteten die Essener Berater*innen zu ihrer Besuchsrunde. In sehr offenen und informativen Gesprächen mit den Bundestagsabgeordneten Matthias Hauer (CDU), Arno Klare (SPD), Dirk Heidenblut (SPD) und Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) konnten sie ihr Angebot und ihre Leistungen präsentieren. Die Abgeordneten waren besonders an den drei wichtigen Themenbereichen Beschäftigung, Sprachkurse und Wohnungsmarkt interessiert. Die gestiegene Nachfrage, die immer komplexeren Problemlagen und die weiterhin unzureichende Personalausstattung beschäftigen die Dienste in Essen ebenso wie in anderen Ruhrgebietskommunen und Ballungsregionen. Die Forderung nach einer Erhöhung der Finanzmittel für 2019 stieß bei den Gesprächspartnern auf Unterstützung.

Interesse und Sachkenntnis

Zu den besuchten Bundespolitikern gehört Kai Gehring. Der 40-jährige Diplom-Sozialwissenschaftler wurde über die Landesliste der Grünen 2005 in den Bundestag gewählt. Er ist unter anderem Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie seit Kurzem im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Kai Gehring empfing die MBE-Expert*innen mit großem Interesse und Sachkenntnis. Auf seine Frage nach den aktuellen Hauptaufgaben, Problemen und Trends der Migrationsberatung konnten die MBE-ler schnell eine Reihe aufzäh-



Gruppenbild mit MdB: Die Vertreter des Essener MBE-Netzwerks bei Kai Gehring (Mitte)



Matthias Hauer (CDU)



Arno Klare (SPD)



Dirk Heidenblut (SPD)

len: Wohnungssuche, Sozialleistungen, Aufenthaltstitel, Familiennachzug und die Anerkennung von Berufsausbildungen gehören ebenso dazu wie Jobsuche und Spracherwerb sowie das Thema Verschuldung – allesamt Sachgebiete, die dem Bundestagsabgeordneten nicht unbekannt sind. „Als Bauminister könnte sich Horst Seehofer auch mal um bezahlbaren Wohnraum kümmern, statt der AfD nach dem Mund zu reden“, so Kai Gehring.

Sprachkurse: Niveau oft zu hoch

Die Anerkennung von Berufsausbildungen sei zwar, so Gehring, auf Bundesebene gesetzlich geregelt. Hier setze der Gesetzgeber eine Frist von maximal drei Monaten. Die Realität der 16 Länder sei aber eine andere, mit durchschnittlich fünfeneinhalb Monaten Wartezeit und hohen Kosten. Kai Gehring erkundigte sich, ob das Sprachkursangebot in Essen ausreiche. Tatsächlich, so berichteten die MBE-Vertreter*innen, habe sich Lage deutlich verbessert. Die Wartezeit für die aktuell zehn Anbieter liege bei rund zwei Monaten. Das Niveau sei aber häufig zu hoch.

Werte vermitteln

Integrationskurse sollen stärker Werte vermitteln – ein Ansatz, bei dem der Abgeordnete und seine Besucher übereinstimmen. Gehring: „Ich bin als Grüner Verfassungspatriot. Ich finde, das Grundgesetz ist eine hervorragende Geschäftsordnung für unser Zusammenleben.“ In diesem Zusammenhang lobte Gehring ausdrücklich die Leistungen der Migrationsberatungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Sie alle sind ja nicht zuletzt auch Deutschland-Erklärer und Essen-Erklärer. Was Sie leisten, ist im Grunde Lebensberatung.“

Einsatz für MBE-Förderung

Die Forderung nach einer Mittelaufstockung unterstützte Gehring und versprach, sich in den kommenden Haushaltsberatungen dafür einzusetzen. Einer von den anderen Abgeordneten angebotenen gemeinsamen Stellungnahme, in der sie den Stellenwert der MBE und des JMD für die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte hervorheben, schloss er sich bereitwillig an: „Ich finde es gut, dass Sie das Thema fraktionsübergreifend angehen.“ Zum Abschied bot Kai Gehring ein offenes Ohr und seine Unterstützung für künftige, auch konkrete Problemfälle an. „Manchmal hilft es, wenn man sich als Bundestagsabgeordneter einmal direkt an ein Ministerium wendet.“ Er freue sich auf ein nächstes Treffen – „Dann gerne auch in einer Ihrer Einrichtungen.“

Blickwinkel: Wenn Fotografen fotografiert werden

Neuzugewanderte und alteingesessene Essener erkunden gemeinsam ihre Stadt mit der Kamera – das ist die Idee des Integrationsprojekts Blickwinkel. Ein einzigartiges und spannendes Vorhaben. Das fand auch die WAZ Essen, die uns bei einer Fototour im Juli begleitete.

Auf unserer langen Liste der schönsten Orte in Essen, die wir uns als Motive für unsere Fotoworkshops vorgenommen haben, steht ganz weit oben die Kreuzeskirche in der Innenstadt. Sie liegt leicht abseits der Fußgängerzone, gehört aber neben der Marktkirche, Friedenskirche, St. Gertrud und dem Essener Dom zu den Hauptkirchen in der Innenstadt. Die im Jahre 1896 durch Kaiserin Auguste Viktoria eingeweihte protestantische Kirche wurde 1943 bis auf die äußeren Mauern fast völlig zerstört. Im Jahr 1953 wurde sie wieder aufgebaut und stellt inzwischen ein wichtiges kulturelles Erbe Stadt dar.

Hier trafen wir uns bei unserer Blickwinkel-Fototour mit dem Fotografen und dem Redakteur der WAZ. Schnell stellte sich die Frage: Wie fotografiert man Menschen, die gerade etwas fotografieren? Und das natürlich so, dass das Motiv und alle Fotografen gut zu sehen sind? Gemeinsam mit unserem Profifotografen Yavuz Arslan, der die Workshops des Projekts Blickwinkel leitet, war aber bald eine Lösung gefunden. Das Resultat des WAZ-Fotografen Socrates Tassos gefiel uns so gut, dass wir gleich die Rechte erworben haben und das Bild künftig für die Blickwinkel-Öffentlichkeitsarbeit nutzen werden.

Viele Anfragen, neue Teilnehmer

Nach dem Fotoshooting nutzte der sehr interessierte und wissbegierige WAZ-Journalist Torben Heine die Gelegenheit, bei einer Pause in einem ruhigen Café in der Nähe einige Teilnehmer zu interviewen und mehr über ihren Background, ihre Geschichte und Motivation zur Teilnahme am Projekt zu erfahren. Schon zwei Tage später veröffentlichte die WAZ seinen Artikel. In der Folge erreichten uns mehrere Anfragen von Interessenten, die bei Blickwinkel mitmachen wollten. Der



Teilnehmerkreis wurde so durch einige alteingesessene Essener erweitert. Durch den WAZ-Beitrag bekamen das Projekt Blickwinkel und seine Ziele eine breite Öffentlichkeit. Wir planen inzwischen – mit vergrößertem Team – schon die nächsten Fototouren.

Projektleitung „Blickwinkel“

Shiva Shafiei
T 0201 408742-96
E s.shafiei@planb-ruhr.de



Der WAZ-Artikel in voller Länge:

http://tny.de/waz_blickwinkel

Ankommen in Herne: LiHA hilft

Mehr als 1000 Geschichten und Schicksale hat „LiHA – Leben in Herne“, das Integrationsprojekt für Bürger*innen aus Rumänien und Bulgarien in den zweieinhalb Jahren seines Bestehens schon gehört und gesehen. Die Anlaufstellen in Herne-Wanne und Herne-Mitte wurden rege in Anspruch genommen.

Im März 2016 gestartet, nähert sich das Projekt jetzt dem Ende der ersten Förderphase. PLANB gehört neben dem Caritasverband, der IFAK e. V. und GFS e. V. zu den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege, die in diesem vom Europäischen Fond für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) geförderten Projekt zusammenarbeiten. Eine Verlängerung um weitere zwei Jahre ist beantragt, die Träger hoffen nun auf einen positiven Bescheid.

WAZ und WDR wurden aufmerksam

Im August konnte LiHA erneut eine hohe Präsenz in den lokalen Medien erreichen. Die WAZ und WDR Ruhr Lokalzeit besuchten die Anlaufstelle in Wanne. Ende August sendete WDR Ruhr Lokalzeit die Zuwanderungsgeschichte einer fünfköpfigen Familie aus Rumänien, die im November 2016 nach Herne zog und seitdem das Beratungsangebot in Anspruch genommen hat: Familie S. hat

insgesamt fünf Kinder, von denen drei noch bei den Eltern leben. Die anderen beiden sind ausgezogen, eins der Kinder konnte schon wenige Monate nach der Einreise in Deutschland einen festen Job bekommen.

Viele Fragen beantwortet

Die Eltern arbeiten beide und geben sich sehr viel Mühe, die deutsche Sprache zu lernen und ihren Kindern eine bessere Zukunft geben zu können. Die Beratungsfachkraft kennt die Familie von Anfang an. Sie startete hier bei null. Viele Fragen stellten sich, in Bezug auf die Krankenversicherung, die Einschulung der Kinder, die Arbeitsmarktperspektive, die Möglichkeit zum Spracherwerb. All diese Fragen konnten in den letzten Jahren nach und nach mehr oder weniger vollständig beantwortet werden, so dass die Familie heute sagen kann: Sie ist in Herne angekommen.

Ansprechpartnerin:

Ioana Martoiu
T 02323 163703
E i.martoiu@planb-ruhr.de

Asylverfahren und Ausbildungsbeihilfe: eine Zwickmühle

Menschen mit einer Duldung, beispielsweise nach einem negativen Asylverfahren, erhalten Hilfen zum Lebensunterhalt während der Ausbildung. Für Personen im laufenden Asylverfahren fehlt eine solche Regelung jedoch – wegen einer Gesetzeslücke.

Betroffen sind viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF), die in diesem Herbst nach knapp drei Jahren Aufenthalt mit Schulbesuch und -abschluss eine berufliche Ausbildung beginnen. Ein Jugendamt trat mit einem Fall an die PLANB-Berater heran, der beispielhaft ist: Amir (Name geändert) aus Afghanistan reiste 2015 nach Deutschland ein, wurde in Obhut genommen, bekam einen Vormund und entwickelte sich mit Unterstützung der Jugendhilfe sehr gut. Er schaffte einen Schulabschluss und fand eine Lehrstelle. Jetzt ist er volljährig, beginnt sein zweites Ausbildungsjahr und fand auch eine eigene Wohnung. Die Jugendhilfe sollte beendet werden.

Bleibperspektive und Schutzquote

Hier begannen jedoch die Probleme: Der Antrag auf Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) nach SGB III bei der Agentur für Arbeit wurde abgelehnt, weil Amir noch immer nur die Aufenthaltsgestattung hat. Seit über einem Jahr wartet er auf die Verhandlung über seinen Asylantrag. Die BAB-Bewilligung für Antragsteller mit Aufenthaltsgestattung wird an die „gute Bleibperspektive“ mit einer Gesamtschutzquote über 50 Prozent gekoppelt. Diese Quote gibt den Anteil aller Asylanerkennungen, Gewährungen von Flüchtlingsschutz und Feststellungen eines Abschiebeverbotes innerhalb eines Zeitraums an, bezogen auf die Gesamtzahl der diesbezüglichen Entscheidungen. Bewilligungen erhalten etwa Syrer, Iraker, Iraner, Eritreer und Somalier, nicht aber Afghanen, deren Gesamtschutzquote auf knapp unter 50 Prozent gefallen ist.

Begründeten Widerspruch einlegen

Die Bleibperspektive speziell von UMF aus Afghanistan ist jedoch gut: Sie liegt bei 68 Prozent. Ebenso die UMF-spezifische Bleibperspektive, die sich durch erfolgreichen Schulbesuch und Ausbildung für junge Flüchtlinge eröffnet, das heißt durch die Aufenthaltserlaubnisse nach § 18a AufenthG (SG Potsdam, März 2017; BVerfG, Sept. 2017) und den § 25a AufenthG. Darum sollte in solchen Fällen begründeter Widerspruch gegen die Ablehnung von BAB eingereicht werden oder diese Gründe sollten schon im Antrag genannt werden. Im vorliegenden Fall war dies allerdings unterblieben und es wurden alternativ aufstockende Leistungen nach § 22 Abs. 1 SGB XII beantragt. Diese können nach Ermessen in Härtefällen gewährt werden, auch zusätzlich, wenn die BAB zu niedrig ist (LSG Niedersachsen-Bremen, Feb. 2018). Für Amir wurde dies jedoch abgelehnt mit der Begründung, dass die BAB zuständig sei. Ein Zirkelschluss! Dabei wurden der Ausschluss von BAB und die individuellen wie systemimmanenten Gründe für die Härte ignoriert.

Ungleichbehandlung

Eine gute Begründung für den Antrag ist nötig, außerdem bei Ablehnung ein Bescheid, gegen den man dann klagen kann. Schließlich kann auch der Hinweis wirksam sein, dass bei Nichtbewilligung die Ausbildung abgebrochen werden muss, also die Integration erschwert wird, und ein Anspruch auf höhere Zahlungen nach § 2 AsylbLG entsteht. Wir empfehlen, vor der Beantragung von Leistungen nach § 22 Abs. 1 SGB XII das Sozialamt um eine Einordnung zu



bitten: Wird die Person nach § 2 AsylbLG oder § 3 AsylbLG eingestuft? Wird nach § 3 wegen illegaler Einreise ohne Papier eingeordnet, werden alle existenzsichernden Leistungen aufstockend übernommen. Bei § 2 AsylbLG nach 15 Monaten Aufenthalt müssen wie oben Leistungen nach § 22 Abs. 1 SGB XII beantragt werden. In jedem Fall liegt eine Ungleichbehandlung vor, denn Personen mit Duldung bekommen auch bei negativem Asylentscheid und unabhängig von Statistiken alle aufstockenden Leistungen ohne Einschränkung. Ungleichbehandlung liegt auch vor, da allein die längere Aufenthaltsdauer zum Ausschluss führt. Deswegen, so sieht es das Sozialgericht Dresden (Jan. 2018), sollen die existenzsichernden Leistungen nach § 3 AsylbLG bezahlt werden.

Jugendamt übernimmt die Verantwortung

In Amirs Fall übernahm schließlich das Jugendamt die Verantwortung und bewilligte die Jugendhilfe weiter, bis der Lebensunterhalt durch die Agentur für Arbeit oder das Sozialamt gesichert ist. Auch der Bundesfachverband UMF appelliert an die Länder und Jugendämter, die Jugendhilfe nur zu beenden, wenn der Heranwachsende reale Chancen auf Fortsetzung seiner Entwicklung und Integration außerhalb der Jugendhilfe hat.

Die beschriebene Förderlücke betrifft nicht nur Auszubildende in Betrieben, sondern ebenso an Berufsfachschulen, die nach dem Berufsausbildungsförderungsgesetz (BAföG) gefördert werden müssten, aber meist ebenfalls nicht berechtigt sind. Wir hoffen, dass das Land NRW diese integrationsverhindernde, verfassungswidrige Ungleichbehandlung von Menschen im Asylverfahren bald durch neue Erlasse regelt – oder der Bund durch neue Gesetze.

Literaturhinweise:

Arbeitshilfe vom Paritätischen (Hg.)/Autor: Claudius Voigt: Sicherung des Lebensunterhalts während einer Ausbildung für junge Menschen mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung, 2018
Werdermann, David: Die Schließung des Ausbildungsförderungs-Lochs. Existenzsichernde Leistungen für Asylsuchende während Schule, Ausbildung und Studium, in: Asylmagazin 7-8, 2018, 233-242

Berufsausbildungsförderung BAB

HINTERGRUND

Die Höhe der Förderung wird individuell berechnet und ist an den BAföG-Sätzen ausgerichtet. Für den Lebensunterhalt werden 348 Euro angesetzt, hinzu kommen Ausgaben für Miete oder Unterkunft – bis zu 224 Euro – sowie sonstige Aufwendungen. Angerechnet wird das Ausbildungsgehalt. Einen Online-Rechner gibt es hier: <http://www.babrechner.arbeitsagentur.de>

Drei plus zwei gleich Chance

Ausbildung bedeutet Chance: Chance auf Arbeit, auf Bildung und vor allem: Chance auf eine sichere Perspektive. Dieses Spektrum an Möglichkeiten wird seit einiger Zeit auch Menschen eröffnet, die sich mit einer Duldung in Deutschland aufhalten.

Frau G. aus Mazedonien hat diese Möglichkeit genutzt. In ihrem Praktikum bei einem Postverteilservice überzeugte sie durch ihre positive, freundliche und motivierte Art. So erhielt sie zum 1. August 2018 eine Ausbildungsstelle bei einem Briefdienstleister in Essen. Chancen in Deutschland: ein Beispiel.

„3+2“ lautet das Schlagwort des NRW-Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI), das den groben Rahmen der Ausbildungsduldung wiedergibt: Nach dem erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung und der Aufnahme einer passenden Beschäftigung kann eine Aufenthaltserlaubnis über zwei Jahre vergeben werden, die wiederum verlängert wird und einen perspektivischen Verbleib in Deutschland ermöglicht. Frau G. kann somit, wenn sie die Ausbildung erfolgreich abschließt und im Anschluss einen entsprechenden Job findet, ihr Leben in Deutschland längerfristig planen.

Zwei plus zwei plus x

So die Theorie. In der Praxis ist das Modell durchaus komplexer und flexibler. Beispielsweise kann eine Ausbildung auch zwei Jahre dauern und dann im Anschluss eine Aufenthaltserlaubnis beantragt werden. Ausschlag-

gebend ist lediglich, dass es sich um eine staatlich anerkannte Ausbildung handelt. Auch die Verlängerung einer Ausbildung oder die Wiederholung der Abschlussprüfung bei Nichtbestehen ist vorgesehen und schadet dem Aufenthalt nicht. Denn das Niveau des dualen Modells von betrieblicher und schulischer Ausbildung kann trotz hoher Motivation und Lernbereitschaft sprachlich zu hoch sein und eine Ausweitung des zeitlichen Rahmens erfordern. Nimmt man diese Regelungen zusammen, wäre die korrekte Formel 2+2+x.

So auch bei Frau G. Ihre Ausbildung dauert zwei Jahre und sie ist durchaus zuversichtlich, dass sie auch den schulischen Teil mit Fleiß und Ausdauer bestehen kann. Neben dem hohen Anspruch einer Ausbildung gibt es auch administrative Hürden und Einschränkungen beim Thema Aufenthalt durch Ausbildung. So erhalten Menschen aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern nur dann eine Ausbildungsduldung, wenn sie vor dem 31. August 2015 Asyl beantragt haben.

Familie ist nicht geschützt

Frau G. ist mit ihrer Familie kurz vor diesem Datum in das Bundesgebiet eingereist und hat insofern eigentlich Glück gehabt. Dennoch hat sie Angst. Angst, dass ihre Familie nicht über den Zeitraum der Ausbildung bei ihr bleiben kann.

Denn die Ausbildungsduldung gilt im Normalfall nur für den, der die Ausbildung tatsächlich absolviert. Die Familie eines Auszu-

HINTERGRUND

Duldung (§ 60 AufenthaltG)

Menschen mit dem Aufenthaltsstatus einer Duldung sind eigentlich ausreisepflichtig. Das heißt, ihr Asylgesuch wurde vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht positiv bewertet. Laut Gesetzestext bedeutet Duldung, dass die Abschiebung vorübergehend ausgesetzt ist. Gründe für eine Aussetzung gibt es viele. So können Menschen nicht in ihr Heimatland zurückkehren, wenn sie keine Papiere dieses Landes mehr besitzen. Auch Krankheit oder laufende Gerichtsverfahren verhindern die Ausreise. Zudem kann auch eine Duldung nach Ermessen ausgestellt werden, wenn die Behörden der Meinung sind, dass die Menschen ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Erlischt die Duldung, erlischt der Schutz vor Ausweisung. Bei der letzten Erhebung des Statistischen Bundesamtes lebten 166.740 Menschen mit einer Duldung in Deutschland (Stand: 31.12.2017)

bildenden mit Duldung ist nur unter bestimmten Bedingungen geschützt. So müsste ihr Mann auch arbeitstätig und die Tochter zum Zeitpunkt des Ausbildungsbeginns unter drei Jahren sein. Doch Herr G. ist chronisch erkrankt und die Tochter ist gerade stolze sechs Jahre alt geworden.

So hofft Frau G. auf die Kulanz und das Mitgefühl der Behörden, die letzten Endes über das Schicksal der Familie entscheiden. Denn ohne ihre Familie kann sich Frau G. ein Leben in Deutschland nicht vorstellen.





Plan C: Bei der Rückkehr hilft ERIN

Ein Ablehnungsbescheid vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stürzt die meisten Asylbewerber zunächst in Existenzangst und Perspektivlosigkeit. Sie haben einen harten Weg zurückgelegt, um Deutschland zu erreichen und dort endlich eine Bleibeperspektive zu erlangen.

Im nächsten Schritt empfiehlt die Bundesregierung den Menschen aus sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ die freiwillige Rückkehr in ihre Heimat. Der erste Weg führt viele von ihnen danach in die Rückkehrberatungsstelle von PLANB in Essen. Sie ist entsprechend oft mit sensiblen Fällen konfrontiert und versucht den Ratsuchenden in erster Linie mit Empathie zu begegnen und sie sachlich zu beraten. Die Mitarbeiterinnen der PLANB-Rückkehrberatung versuchen zunächst, gemeinsam herauszufinden, ob es tatsächlich keine Option gibt für ein Bleiberecht. Dabei kooperieren sie vor allem mit der regionalen Flüchtlingsberatung von PLANB. Um eine angemessene Beratung und reibungslose Kommunikation anzubieten, arbeitet PLANB in Essen mit dem Dolmetscher- und Vermittlungsservice für Sprach- und Integrationsmittlung „SprInt“ zusammen.

Gemeinsam für den Neustart

Formuliert der Ratsuchende eindeutig seinen Wunsch zur freiwilligen Rückreise, wird gemeinsam versucht, einen möglichst guten Neustart im Herkunftsland mit positiven Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Dazu können die freiwilligen Rückkehrberatungsstellen finanzielle Förderanträge wie REAG/GARP und „Starthilfe Plus“ beantragen. Die Anträge werden an die Internationale Organisation für Migration (IOM) übermittelt. Die Summe der finanziellen Förderung errechnet sich auf Basis verschiedener Faktoren und hängt unter anderem vom Ziel der Rückreise ab und davon, ob der Rückkehrinteressierte noch im Asylverfahren ist oder bereits eine Ausreisepflicht besteht. Neben der finanziellen Förderung ist die Reintegration im Herkunftsland von sehr großer Bedeutung. Um der Ausweglosigkeit dieser Menschen zu begegnen, gibt es diverse Reintegrationsprogramme und Unterstützungsmaßnahmen.

ERIN hilft individuell

Eines dieser Reintegrationsprogramme ist das European Reintegration Network (ERIN). Es bietet individuelle Unterstützung nach der

Rückkehr und Hilfeleistung bei der Existenzgründung an. Die PLANB-Rückkehrberatung versucht gemeinsam mit dem Rückkehrinteressierten herauszuarbeiten, wie die Reintegration im Herkunftsland aussehen soll. Dabei spielen fachliche Qualifikationen, Berufserfahrungen und Sprachkenntnisse eine große Rolle.

Es wird ein grober und realistischer Businessplan erstellt und zusammen mit dem Antrag an BAMF weitergeleitet. Nach Feststellung der Förderfähigkeit erhält der Vertragspartner (Service Provider) im Herkunftsland die Bewilligung und setzt sich anschließend mit dem Rückkehrinteressierten in Verbindung. Die Unterstützung im Rahmen von ERIN erfolgt ausschließlich über Sachleistungen.

Perspektive in der Gastronomie

Auch Herr M. aus Bangladesch kontaktierte die PLANB-Rückkehrberatung und informierte sich über die freiwillige Rückkehr und die Möglichkeiten der Reintegration. Herr M. reiste im Jahr 2015 nach Deutschland ein und stellte einen Asylantrag. Ihm wurde weder die Flüchtlingseigenschaft noch der subsidiäre Schutzstatus zuerkannt, wogegen er klagte. Im Verfahren vor dem Verwaltungsgericht im Juli 2018 verlor Herr M. endgültig die Bleibeperspektive in Deutschland.

Bis zur Gerichtsverhandlung hatte er in einer Pizzeria gearbeitet und so langjährige Berufserfahrung in der Gastronomie gesammelt. Er konnte sich eine Tätigkeit in dieser Branche auch in Bangladesch vorstellen, was eine gute Basis für die Reintegrationsplanung bot.

Erst kürzlich erhielt die PLANB-Rückkehrberatung die Mitteilung vom BAMF, dass die Höchstsumme für die Beschaffung von Sachleistungen bewilligt wurde. Im letzten Schritt wird nun der Kontakt zum Service Provider in Bangladesch hergestellt, um den Businessplan im Detail zu besprechen und zu realisieren.

Mehr Infos:

http://shortURL.de/BAMF_ERIN

Im Dschungel des Asylrechts

Wie und wo werden Asylsuchende registriert und untergebracht? Was bedeuten die verschiedenen Aufenthaltspapiere? Und was beabsichtigt die Landesregierung mit ihrem umstrittenen Plan für die Beschleunigung von Asylverfahren? Die interne PLANB-Schulung „Asylverfahren – von der Registrierung bis zum Aufenthaltstitel. Unterbringung, Schutzstatus und wozu sie berechnen“ gab Antworten.

Um ein breit gefächertes Themengebiet ging es also am 19. Juli bei PLANB in der Krayer Straße in Essen. Die Resonanz der sehr interessierten Teilnehmer*innen am Ende war durchweg positiv. Den Einstieg in das Thema eröffnete ein Tableau der Migrationspolitik der letzten 30 Jahre. Besonders die 1990er-Jahre markieren dabei eine Kehrtwende des Asylrechts und der Asylpolitik. Im weiteren Verlauf ging es vor allem um das komplexe Asylverfahren. Der fast einstimmig öffentlich geäußerten Kritik zahlreicher Wohlfahrts- und Interessensverbände schlossen sich auch die Teilnehmer*innen der Schulung an. Vor allem stand dabei die Frage im Fokus, wie die Asylsuchenden sortiert werden sollen in jene mit grundsätzlich guter Aufenthaltsperspektive und die anderen, denen man keine Chancen zurechnet.

Monate und Jahre verstreichen

Das hat viel mit dem Zugang zu Integrationsangeboten zu tun: Wer aller Voraussicht nach kein Bleiberecht in Deutschland hat, bleibt außen vor. Integrationspolitisch ist das unklug, meinen viele Nichtregierungsorganisationen (NGO). Denn ein nicht unbeträchtlicher Teil der abgelehnten Asylbewerber wird im Anschluss eine Aufenthaltsberechtigung erwirken – in der Zwischenzeit sind jedoch Monate und Jahre vergangen, ohne dass sie einen richtigen Sprachkurs besuchen, eine Ausbildung aufnehmen oder institutionelle Berufsberatung erhalten konnten.

Viele Ehren- und Hauptamtliche in der Sozialarbeit sind vor allem an konkreten Informationen interessiert, die die Schulung vermittelte:

Was muss man beim Asylantrag, bei der Anhörung und dem Klageverfahren an Formalien und Fristen beachten, wie liest man Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) richtig und welche Möglichkeiten und Einschränkungen ergeben sich durch den Aufenthaltsstatus, den das Bundesamt gewährt?

Statistiken bekommen ein Gesicht

Auch den verschiedenen Türöffnern der aktuellen Integrationspolitik gaben die Referent*innen viel Raum. Dazu gehören die Ausbildungsduldung, die bestimmten abgelehnten Asylsuchenden eine berufliche und aufenthaltsrechtliche Perspektive gibt, die Aufenthaltserlaubnis für jene, die gute Integrationsleistungen vorweisen können, oder die Möglichkeit, bei objektiv sehr geringen Bleibeaussichten in Würde und freiwillig ins Heimatland zurückzukehren und mit Unterstützung zahlreicher Akteure, etwa aus der Entwicklungshilfe, dort eine neue Existenz zu gründen.

Wegen der hohen Aktualität, die ständige Updates nötig macht, denkt das Referententeam bereits über eine Wiederholung der Schulung nach. Wir halten Sie auf dem Laufenden!

Referent*innen



Bilge Kuş
Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE), Essen



Blerian Kushta
Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE), Essen



Kai Bothe
Regionale Flüchtlingsberatung, Essen



Irina Ahmad
Regionale Flüchtlingsberatung, Mülheim/Ruhr

EINLADUNG

ZUM INTERKULTURELLEN FRAUENTREFF

KOSTENLOS

WANN? 13. Dezember 2018, 10 – 12 Uhr
20. Dezember 2018, 13 – 15 Uhr

WO? **PLANB** Ruhr e. V.
Krayer Str. 208, 45307 Essen

PLANB
Ruhr e. V.
Interkulturelle Kinder- und Jugendhilfe



Wir freuen uns auf euch und erwarten euch mit vielen Leckereien!

Sizi ikramlarımızla bekliyoruz!
Poziv na ženski sastanak!
Kadınlar Grubuna davetlisiniz!



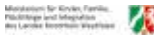
ESSEN/MÜLHEIM AN DER RUHR

Regionale Flüchtlingsberatung

Im landesgeförderten Programm werden Asylsuchende von der Asylantragstellung bis zum Abschluss des Verfahrens beraten. Die Begleitung bei den ersten Schritten der Integration steht genauso im Mittelpunkt wie die fachliche Unterstützung im Asylverfahren. In Kooperation mit Rechtsanwälten und Behörden werden etwa Fragen der Familienzusammenführung oder der Integration in Arbeit und Bildung behandelt.



Kai Bothe
Kraye Str. 208
45307 Essen
☎ 0201 319773-10
☎ 0201 408742-97
☎ 0172 7806289
✉ reg.beratung.essen@planb-ruhr.de



Irina Ahmad
Nachbarsweg 25 a
45481 Mülheim an der Ruhr
☎ 0208 848449-71
☎ 0208 848449-74
☎ 0172 8773514
✉ reg.beratung.muelheim@planb-ruhr.de

ESSEN

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)

Ziel der MBE ist es, erwachsene Neuzugewanderte in ihrer soziokulturellen und ökonomischen Integration zu stärken. Darüber hinaus leistet die MBE durch eine enge Vernetzung mit vielen kommunalen Akteuren einen Beitrag für die interkulturelle Öffnung der Kommune. Gegenstand der Beratung sind meist Sprachförderung, Anerkennung von Berufsabschlüssen aus dem Ausland, Vermittlung in Arbeit und Sozialleistungen.



Bilge Kuş, Blerian Kushta
Kraye Str. 208
45307 Essen
☎ 0201 408742-96
☎ 0201 408742-97
☎ 0172 9015922
✉ b.kus@planb-ruhr.de
✉ b.kushta@planb-ruhr.de



Rückkehrberatung

Die landesgeförderte Stelle verfolgt das Ziel, rückkehrwilligen oder ausreisepflichtigen Geflüchteten eine Rückkehr in Würde zu ermöglichen. Dazu gehören die Vermittlung von Informationen über die Ausreise, finanzielle Hilfen sowie Anlaufstellen im Zielland. Aber auch Perspektivberatung in Bezug auf den weiteren Aufenthalt ist Gegenstand unseres Angebotes.



Pinar Aktürk, Nese Sertoğlu
Kraye Str. 208
45307 Essen
☎ 0201 536678-36
☎ 0201 408742-97
✉ p.aktuerk@planb-ruhr.de
✉ n.sertoglu@planb-ruhr.de



Asylverfahrensberatung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Das Angebot richtet sich an schutzbedürftige unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und ihre Vormünder mit Informationen zum Asylverfahren und zu weiteren Möglichkeiten zur Aufenthaltssicherung. Schulungen für Ehrenamtler, Mitarbeiter der Stadt und Jugendhilfeeinrichtungen gehören ebenfalls dazu. Als Teil des Landesprogramms „Soziale Beratung für Flüchtlinge“ ist die Stelle zahlreichen Partnern aus der Kinder- und Jugendhilfe und der Migrationsarbeit eng verflochten.



Jeannine Schwemer
Kraye Str. 208
45307 Essen
☎ 0201 536678-37
☎ 0201 408742-97
✉ jschwemer@planb-ruhr.de



IMPRESSUM

PLANB Ruhr e. V. – Interkulturelle Kinder und Jugendhilfe

Alleestraße 46
44793 Bochum
☎ 0234 459669-10

www.planb-ruhr.de
✉ redaktion@planb-ruhr.de
V.i.S.d.P.: Ercüment Tokar

Projekt Blickwinkel

Blickwinkel ist ein künstlerisches Integrationsprojekt. Es geht um die Begegnung zwischen erwachsenen Neuzuwanderern und alteingesessenen Essener Bürger*innen. In Workshops und Gruppenaktivitäten rund um das Thema Fotografie entsteht ein Gruppengefühl, Akzeptanz und Toleranz werden gefördert.



Shiva Shafiei
Kraye Straße 208
45307 Essen
☎ 01520 8519345
✉ s.shafiei@planb-ruhr.de



HERNE

Schule der Vielfalt

Mit dem Projekt „Schule der Vielfalt“ initiierte PLANB eine Eltern-Kind-Schule in Herne, die verschiedene Kulturen zusammenbringen will. Die Schwerpunkte liegen auf Musik, Bewegung, Kochen und Backen. Zudem finden Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen statt, zum Beispiel Mediennutzung in Familien mit Kleinkindern, mehrsprachiges Aufwachsen oder die Entwicklung des Kindes. Das Projekt richtet sich an Familien in Herne mit und ohne Migrationsgeschichte.



Ayla Erdem
Familienzentrum Kinderwelt Herne
Bielefelder Str. 56 b
44652 Herne
☎ 02325 97635-53
✉ a.erdem@planb-ruhr.de



LiHA – Leben in Herne

Das Projekt „Leben in Herne“ für die Neuzuwander*innen der Stadt Herne soll das Einleben der neuzugewanderten Unionsbürger aus Rumänien und Bulgarien erleichtern. Dafür wurden zwei Anlaufstellen mit muttersprachlichen Unterstützungsangeboten geschaffen.

Öffnungszeiten:
Mo. - Do. 9 – 11 Uhr und 14 – 16 Uhr

Anlaufstelle Rathaus Wanne / Gesundheitsamt



Ioana Martoiu
Zimmer 37
Rathausstr. 6
44649 Herne
☎ 02323 1637-03
☎ 0172 9081720
✉ i.martoiu@planb-ruhr.de



Bachtalo – Alles wird besser! Begegnungs- und Bildungszentrum

Die neue Anlaufstelle richtet sich an Neuzuwander*innen, insbesondere aus Südosteuropa. Neben dem Begegnungscafé bietet Bachtalo auch alters- und geschlechtsspezifische Angebote wie Sprachtraining, Computerkurse, Frauentreff oder Tanzworkshop.

Begegnungscafé Mo. – Do. 11 – 14 Uhr



Alexandra Chiribes
Hauptstr. 208
44649 Herne-Wanne
☎ 02325 56991-60
☎ 02325 56991-61
✉ a.chiribes@planb-ruhr.de



mbeon: Migrationsberatung

Migrationsberatung per Smartphone bietet die neue App mbeon. Professionelle Berater*innen helfen sofort in vielen Sprachen.

Datensicherer Dokumentenversand ist möglich.

Weitere Infos unter
www.mbeon.de



Integrationsagentur Herne

Unser Ziel ist es, Beiträge für eine wirksame Integration vor Ort anzustoßen, Potenziale für bürgerschaftliches Engagement zu erkennen und zu aktivieren, zusammenzuführen und interkulturell kompetent zu begleiten. Die Vernetzung der Migrantenselbstorganisationen untereinander und die Heranführung an die bestehenden Angebote der städtischen Institutionen, vor allem in den jeweiligen Quartieren, stehen dabei im Fokus.



Mahmut Hamza
Eschstr. 15
44629 Herne
☎ 02323 68840-31
☎ 02323 68840-39
✉ m.hamza@planb-ruhr.de



BOCHUM

Flüchtlingsunterkunft Emil-Weitz-Straße

Im Dezember 2017 übernahm PLANB die Verwaltung der Wohncontaineranlage an der Emil-Weitz-Straße in Bochum-Wattenscheid. Bei voller Auslastung bietet die Unterkunft 280 Menschen Platz, ein hohes Maß an Privatsphäre und viele integrative Angebote.



Leitung
Susan Çelebi
☎ 02327 91992-10
✉ FUEmil-Weitz@planb-ruhr.de



Flüchtlingsunterkunft Bochum-Wattenscheid

Seit Dezember 2017 betreut PLANB die Wohnhäuser in der Voedestraße und der Parkstraße in Bochum. Insgesamt sind dort 94 Bewohner untergebracht, mit denen das Team aktive Integrationsarbeit leistet.



Leitung
Handan Çelebi
☎ 02327 54487-10
✉ FUWattenscheid1@planb-ruhr.de



Flüchtlingsunterkunft Am Nordbad

Seit Oktober 2018 betreut PLANB die Flüchtlingsunterkunft Am Nordbad. Bei voller Auslastung bietet sie 350 Bewohnern Platz. Ergänzend zur Betreuung der Bewohner entwickeln die erfahrenen Mitarbeiter*innen von PLANB integrative Angebote für Groß und Klein.



Leitung
Mahmut Hamza
☎ 0234 913899-51
☎ 01522 1670661
✉ FUNordbad@planb-ruhr.de



UNICEF-Projekt

Ziel der Bundesinitiative zum Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften ist es, benannte Mindeststandards als Leitlinien zur Erstellung und Umsetzung sowie zum Monitoring einrichtungsinterner Schutzkonzepte zu nutzen.



Sita Rajasooriya
Alleestr. 46
44793 Bochum
☎ 02327 91992-10
☎ 02327 91992-11
☎ 0172 9057834
✉ s.rajasooriya@planb-ruhr.de



ZdV – Zentrum der Vielfalt (Bochum)

Mit dem ZdV hat PLANB einen Begegnungs- und Bildungsort geschaffen, in dem Vielfalt geschätzt und gelebt wird. Es gibt ein breites Angebot für Bürgerinnen und Bürger aus Bochum und Umgebung sowie Zugewanderte. Sie möchten einen Sprachkurs machen oder mit Gleichgesinnten ins Gespräch kommen? Wir bieten ein abwechslungsreiches Programm für alle Interessen!



Stefanie Rapp
Alleestr. 46
44793 Bochum
☎ 0234 459669-10
☎ 0234 459669-99

